

Zeithorizonte von Alternativen – Sofortprogramme, strategische Reformkonzepte und Vorstellungen für eine sozialistische Transformation

Alternative Wirtschaftspolitik muss bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge und Konzepte die verschiedenen Zeithorizonte – kurz-, mittel- und langfristig – sowie den Charakter der vorgeschlagenen Konzeptionen berücksichtigen: Alternativen zur aktuellen neoliberalen Politik, Alternativen für Reformen innerhalb des Kapitalismus, Alternativen zur Überwindung des kapitalistischen Systems. Dabei sollte von folgenden Prämissen ausgegangen werden:

1. *Die konkreten ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse des Kapitalismus und ihre Wirkungen auf die Menschen sind veränderlich und von den Handlungen und Kräfteverhältnissen der gesellschaftlichen Klassen und sozialen Gruppen abhängig.* In welcher Qualität und in welchem Umfang es unter den vorherrschenden kapitalistischen Eigentumsverhältnissen möglich sein wird, soziale und ökologische Erfordernisse durchzusetzen und eine demokratische Kontrolle und Mitbestimmung über die Arbeit und die Produktion sowie über die Verteilung ihrer Ergebnisse zu erreichen, kann nicht definitiv vorausgesagt oder für eine bevorstehende zeitliche Etappe genau bestimmt werden. Eine Analyse der herrschenden ökonomischen Strukturen und der realen Machtverhältnisse in der kapitalistischen Welt zeigt jedoch eindeutig, dass es *zunehmend schwieriger wird, Alternativen in den oben charakterisierten Richtungen durchzusetzen, dass dazu wesentliche Veränderungen in den Kräfteverhältnissen unverzichtbar sind.* Die Träger dieser Veränderungen sind aber bisher noch zu wenig sichtbar.

Es muss auch davon ausgegangen werden, dass die Lösung der grundlegenden Probleme des gesellschaftlichen Fortschritts, von einer selbstbestimmten, freien Arbeit über die soziale Gleichheit und Gerechtigkeit in ihren vielfältigen Ausprägungen bis hin zur ökologischen Nachhaltigkeit, untrennbar mit Fortschritten beim Zurückdrängen und schließlich beim Überwinden der Dominanz des Profitprinzips verbunden ist. Dies ist wiederum daran geknüpft, dass die Hegemonie der Shareholder-value-Orientierung und der Finanzmärkte sowie die Dominanz der Transnationalen Konzerne wesentlich eingeschränkt werden. Dabei sind natürlich noch viele Fragen offen, wer die Träger dieser Veränderungen sein werden, wie und in welchen Schritten solche Veränderungen erreicht werden können, und wie die vorhandenen Strukturen und Institutionen umzuwandeln oder auch zu ersetzen sind.

Es ist eine vorrangige Aufgabe, der weiteren maßlosen Ausdehnung des Verwertungs-, Konkurrenz- und Marktprinzips auf alle Bereiche der Ökonomie und der Gesellschaft entgegenzutreten sowie die Bedingungen für eine gesellschaftliche Regulierung zu verbessern. Erfolge in diese Richtung, von denen es gegenwärtig kaum welche gibt, würden auch zur Herausbildung einer nichtkapitalistischen Alternative beitragen.

2. *Die Herausbildung der Grundzüge einer zum Kapitalismus alternativen sozialistischen Gesellschaft und Wirtschaftsweise setzt nicht nur die Aufhebung der kapitalistischen Grundstruktu-*

¹ Kapitel 6 aus: Klaus Steinitz, Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heute, VSA Verlag, Hamburg 2005, 176 S., 14,80 €

ren voraus, sondern auch das Vermeiden der grundlegenden Defizite und strukturellen Mängel des Staatssozialismus.

Zu diesen Mängeln gehören u.a.: die übermäßige Zentralisierung und der starke Subjektivismus wirtschaftlicher Entscheidungen sowie die damit einher gehenden unzureichenden Spielräume für eigenverantwortliches ökonomisches («unternehmerisches») Handeln der Unternehmen/Betriebe und die zu geringen Entscheidungsspielräume der Kommunen (Demokratiemangel). Der Staatssozialismus war u.a. geprägt durch dogmatische Auffassungen über das staatliche Eigentum als höchste Stufe des gesellschaftlichen Eigentums, die nicht vollzogene tatsächliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch einen mit einem bestimmenden Einfluss der Produzenten auf die Produktion und Verteilung, die ungenügende Demokratie und Selbstbestimmung auf entscheidenden Gebieten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, unzureichende ökonomischen Interessen der Betriebe/Unternehmen an Innovationen und einer hohen Effizienz, insbesondere an einer hohen Ressourcenökonomie. Hemmend wirkten sich auch die stark subjektivistische Preisbestimmung ohne ausreichende Berücksichtigung der Marktbedingungen und Züge einer Mangelwirtschaft aus.

Versuche, die konkreten Formen und Strukturen des Gemeineigentums heute festzulegen, sind wenig sinnvoll. Sie müssen sich vielmehr aus den Erfahrungen in einem offenen Prozess der Transformation in eine sozialistische Gesellschaft ergeben. Das ist auch eine Schlussfolgerung aus dem fehlgeschlagenen Sozialismusversuch in Europa. »Die mit der Oktoberrevolution eröffnete Epoche, die erstmals real den Weg zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft eröffnete, ist mit dem Scheitern des so genannten realen Sozialismus sowjetischer Prägung abgeschlossen und nicht nur zeitweilig unterbrochen, wie manche immer noch meinen. Es kann weder eine Rückkehr zu diesem Sozialismusprojekt noch dessen Fortsetzung geben.« (Neubert 2004: 5)

Der Sozialismus als transformatorisches Zukunftsprojekt erfordert eine Ausgestaltung der Produktionsverhältnisse in Übereinstimmung mit den Entwicklungserfordernissen der Produktivkräfte und den Bedürfnissen der Menschen, die eine umfassende, humane sowie nachhaltige Nutzung der geistigen, ökonomischen und natürlichen Entwicklungspotenziale auch im globalem Maßstab ermöglicht. Eine solche sozialistische Alternative zum Kapitalismus, die jedoch nicht einfach automatisch oder gesetzmäßig aus den Widersprüchen des Kapitalismus hervorgeht, müsste u.a. durch folgende Eigenschaften gekennzeichnet sein:

- Reale Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmittel (Produktionsmittel im umfassenden Sinne, einschließlich der Gesamtheit der infrastrukturellen Bedingungen der Gesellschaft), die vor allem in zwei grundlegenden Unterschieden einer sozialistischen Gesellschaft gegenüber einer kapitalistischen zum Ausdruck kommen muss. Erstens: Die Produktion ist nicht mehr der Erwirtschaftung höchster Profite untergeordnet, sondern auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und der gesamten Gesellschaft gerichtet. Zweitens: Die Entscheidungen über die Grundprozesse der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft erfolgen demokratisch. Von besonderer Bedeutung ist die Demokratisierung der Wirtschaft auf allen Ebenen, vom Arbeitsplatz bis zur Tätigkeit weltwirtschaftlicher Institutionen. Das setzt die Hegemonie des Gemeineigentums bei gleichzeitigem Pluralismus in den Eigentumsverhältnissen – öffentliches (kommunales,

Landes- und staatliches), genossenschaftliches, privates Eigentum sowie gemischte Eigentumsformen – voraus.

- Neue Qualität gesellschaftlicher Regulierung/Planung der Wirtschaft, die die Existenz des Marktes – einschließlich seiner regulativen Möglichkeiten – anerkennt und nutzt, und sich auf eine makroökonomische Planung der Investitionen, der Grundstrukturen der Produktion und anderer gesamtwirtschaftlicher Proportionen in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Menschen und mit sozialen und ökologischen Kriterien stützt. Wie das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher und Marktregulierung im einzelnen aussehen wird, kann heute nicht zuverlässig vorausgesagt werden. Dazu sind praktische Erfahrungen und deren gründliche Auswertung notwendig. Dazu sollte auch die Analyse der widersprüchlichen Erfahrungen des chinesischen Marktsozialismus gehören. Der theoretische Diskurs zu diesen Fragen, wozu auch die Beziehungen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen gehören, werden weitergehen.
- Herausbildung einer neuen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise, die den Interessen und Bedürfnissen der Menschen sowie der Gleichstellung der Geschlechter entspricht, zur Selbstbestimmung und Emanzipation der Menschen, zu ihrer freien Entfaltung in der Arbeit und in allen Lebensbereichen beiträgt sowie eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung unterstützt. Die Rolle von Geld, Geldvermögen, Kredit, Zinsmechanismus bei der Entwicklung einer sozialistischen Alternative muss noch weiter untersucht und erörtert werden.
- Stabile ökonomische Rahmenbedingungen, die größere Spielräume für die ökonomisch selbständige Tätigkeit der Betriebe/Unternehmen und die Eigenverantwortung der Kommunen sichern; wirksame ökonomische Anreize und Motivation der Unternehmen und der Werk tätigen für Innovationen, hohe Qualität und Effizienz und nachhaltiges Wirtschaften; eine reale demokratische Mitbestimmung der Produzenten und der Verbraucher in allen Fragen die sie betreffen.
- Neue Qualität der Gestaltung gleichberechtigter, auf gegenseitigen Vorteil gerichteter internationaler Wirtschaftsbeziehungen, solidarische Unterstützung der Länder der Dritten Welt im Kampf um eine selbstbestimmte Entwicklung, gegen die Ausplünderung dieser Länder durch die Transfers finanzieller und knapper Rohstoffressourcen in den Norden und um die Überwindung von Rückständigkeit und Armut.

Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts unterstreichen, dass eine sozialistische Transformation nur als internationales Projekt möglich sein wird. Dabei ist natürlich offen, wie sich eine solche Transformation im Weltmaßstab vollziehen wird, welche Einflüsse vom noch weiter bestehenden Kapitalismus ausgehen, wie sich die »Transformationsländer« (vom Kapitalismus zum Sozialismus) unter den dann bestehenden Bedingungen gegen äußere kapitalistische Einwirkungen schützen können, sich aber nicht von der Weltwirtschaft abkoppeln, sondern weiter in sie integriert bleiben.

Eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus wird nur dann Realisierungschancen haben, wenn sie nicht als ein verbindliches Modell, sondern als ein plurales, für neue Erkenntnisse und

Erfahrungen offenes Projekt ausgearbeitet wird. Ein solche Projekt muss stets korrigiert und weiterentwickelt werden können.

3. *Zwischen dem Kampf um Alternativen zur neoliberalen Politik im Kapitalismus und um eine alternative sozialistische Gesellschaft besteht keine chinesische Mauer. Vielmehr setzt die Überwindung des Kapitalismus den ständigen Kampf gegen neoliberale Reformen und um wirkliche Reformen im heutigen Kapitalismus voraus.*

Je besser es durch Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis gelingt, schon heute Veränderungen im Sinne sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit, Demokratisierung der Wirtschaft und Selbstbestimmung sowie Zukunftsfähigkeit durchzusetzen, desto günstiger sind auch die Chancen, langfristig weitere, größere Schritte in Richtung einer Alternative zum Kapitalismus gehen zu können.

Ausgehend von diesen Prämissen muss bei der Ausarbeitung und Diskussion von Vorschlägen für eine alternative Wirtschaftspolitik unterschieden werden zwischen (1) pragmatischen, kurzfristig machbaren, konkreten Alternativen, die zu entsprechenden meist kleineren Schritten und Veränderungen auf Teilgebieten führen (können) und oft nur der Abwehr neoliberaler Vorhaben dienen; (2) notwendigen tiefergehenden Umgestaltungen und Veränderungen im Rahmen einer langfristig angelegten und komplexen alternativen Reformstrategie, die sich insgesamt noch im Rahmen der Grundstrukturen einer kapitalistischen Gesellschaft bewegt, jedoch schon Elemente einer darüber hinaus weisenden sozialistischen Gesellschaft enthält oder zumindest enthalten kann; und (3) einer sehr langfristigen, heute in ihren zeitlichen Dimensionen nicht bestimmbar Transformationsstrategie, die die oben angeführten tiefergehenden Veränderungen bis zur Überwindung des kapitalistischen Systems der Produktion und Verteilung weiter führt und auf die Herausbildung/Gestaltung einer zum Kapitalismus alternativen sozialistischen Gesellschaft gerichtet ist.

Diese drei zeitlichen Dimensionen alternativer (Wirtschafts-)Politik sind sowohl durch wichtige Gemeinsamkeiten und enge wechselseitige Verflechtungen als auch durch wesentliche Unterschiede gekennzeichnet.

Die *Gemeinsamkeiten* bestehen vor allem darin, dass sie von *gemeinsamen Zielen und Wertvorstellungen ausgehen*, die alternativer Wirtschaftspolitik immer zugrunde zu legen sind. Das sind insbesondere: das Recht auf existenzsichernde, menschenwürdige Arbeit; Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität; soziale Gleichheit besonders bei der Befriedigung grundlegender Lebensbedürfnisse in Bildung, Kultur und Gesundheit; Erhaltung und Schutz der natürlichen Umwelt; sozial-ökologische Nachhaltigkeit; Demokratisierung und Partizipation; Frieden. Eine Bewegung in Richtung dieser Ziele und Wertvorstellungen setzt nicht die Aufhebung des Profits voraus, sondern ist mit der Erzielung von Profiten vereinbar. Sie ist aber unauflösbar mit Forderungen verbunden, die maßlose Profiterhöhung der großen Kapitalgesellschaften und die Umverteilung zu ihren Gunsten einzuschränken. Sie setzt voraus, gegen die Dominanz des Profitprinzips und die Ausdehnung marktwirtschaftlicher Regulierung auf alle gesellschaftlichen Prozesse und Bereiche zu kämpfen und reale Veränderungen zu erreichen.

Die Gemeinsamkeit der drei zeitlichen Dimensionen alternativer Wirtschaftspolitik muss sich auch darin äußern, dass sie eine *Systemkritik* an den Grundzügen der kapitalistischen Gesellschaft und das *Engagement für die Veränderung* der Kräfteverhältnisse und die Verwirklichung alternativer Vorstellungen einschließen. Die Ziele und Wertvorstellungen, die Systemkritik (Krause 2002: 791) und das Engagement für Veränderungen müssen unabhängig von ihren verschiedenen Zeithorizonten die Klammer, das Verbindende linker alternativer Wirtschaftspolitik bilden. Dabei ist klar, dass sich insbesondere die Inhalte der Systemkritik und der geforderten Veränderungen je nach den verschiedenen Zeithorizonten der Alternativen wesentlich voneinander unterscheiden.

Ebenso notwendig wie die Charakterisierung der Gemeinsamkeiten ist auch das Hervorheben der *Unterschiede* zwischen verschiedenen Konzepten und Projekten alternativer Wirtschaftspolitik, die sich besonders auf die zeitlichen Dimensionen, die damit verbundene Konkretheit, die Komplexität und auch die theoretischen Grundlagen beziehen. Zu berücksichtigen ist, dass es in diesem Zusammenhang unterschiedliche soziale und politische Träger geben wird. Die mögliche Breite von Aktionen und Bündnissen verschiedener sozialer Gruppen und Bewegungen wird bei aktuellen alternativen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen größer sein als bei langfristigen alternativen Reformkonzepten und insbesondere bei Vorstellungen für die Überwindung des kapitalistischen Systems. Auch bei der Vermittlung dieser alternativen Vorstellungen für verschiedene Zeithorizonte sind die Unterschiede in den Interessen und politischen Auffassungen der vielfältigen Akteure und potenziellen Bündnispartner zu beachten.

Die pragmatischen, auf die Lösung aktueller Probleme gerichteten Vorschläge alternativer Wirtschaftspolitik müssen konkret und detailliert ausgearbeitet werden und sind meist auf einzelne ausgewählte Gebiete gerichtet. Das sind u.a. alternativ zum Regierungskonzept vorgelegte steuerpolitische Konzepte, Programme zur Verkürzung der Arbeitszeit und zum Abbau von Überstunden, Vorschläge zur Veränderung der Wirtschaftsförderung. Dazu gehören heute vor allem Konzeptionen zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme als konkrete Alternativen zur Agenda 2010, speziell zu den Hartz-Reformen. Die den Vorschlägen zugrunde liegenden Analysen müssen sich auch mit den für das jeweilige Gebiet relevanten theoretischen Grundlagen und den Ergebnissen neoliberaler Politik kritisch auseinandersetzen.

Eine langfristig angelegte und komplexe alternative Reformstrategie muss darauf gerichtet sein, *entscheidende Schritte zu einem anderen, auf sozial-ökologischer Nachhaltigkeit gerichteten Typ der ökonomischen Entwicklung* und darin eingeschlossen Schritte zur Erreichung einer Vollbeschäftigung (neuer Qualität) und zur Sicherung der langfristigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu gehen. Sie bewegt sich insgesamt im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, erfordert jedoch einen grundlegenden Politikwechsel. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es heute weit schwieriger ist, die für die soziale Eindämmung des entfesselten Kapitalismus erforderlichen Bedingungen zu schaffen als zur Zeit des Fordismus.

Ein solches alternatives Wirtschaftskonzept wird sich von den pragmatischen, mehr auf sofort mögliche Ergebnisse gerichteten alternativen Projekten vor allem durch seine Langfristigkeit und seinen komplexeren Charakter unterscheiden sowie dadurch, dass die als notwendig angesehenen Veränderungen größtenteils nur bestimmte Grundrichtungen enthalten. Es basiert auf einer prin-

ziptuellen Systemkritik an den kapitalistischen Eigentums-, Macht- und Interessenstrukturen, an der zunehmenden Unterordnung der Gesellschaft unter die Erfordernisse höchster Kapitalverwertung und an den die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft untergrabenden Entwicklungstendenzen. Es enthält auch Konsequenzen zu notwendigen Veränderungen dieser Strukturen, um andere ökonomische Rahmenbedingungen für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu schaffen. *Einen wichtigen Platz in solchen Alternativen müssen die notwendigen Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und die Bedingungen zur Erhöhung ihrer politischen Durchsetzungskraft erhalten. Ohne Akteure, die sich für die Alternativen einsetzen, und ohne Veränderungen im Kräfteverhältnis bleiben die schönsten Alternativen nur theoretische Wunschvorstellungen.* Im Fehlen dieser Durchsetzungsmacht und in einem verbreiteten Fatalismus und politischen Desinteresse der potenziellen Akteure sowie einer Zersplitterung des Widerstands liegen entscheidende Hemmnisse für die Umsetzung alternativer Vorschläge. Die geringen Realisierungsaussichten vieler alternativer Vorschläge erschweren es zusätzlich, die erforderliche breite Unterstützung zu gewinnen. Ein linkes alternatives Reformkonzept kann sich bisher auch nicht auf eine wirksame Vertretung im politischen Raum, im Bundestag und den meisten Landtagen, stützen.

Schließlich wird eine *alternative Politik, die auf die Herausbildung einer sozialistischen Gesellschaft gerichtet ist*, nicht nur einen noch längeren, zeitlich nicht bestimmbareren Zeithorizont umfassen, sondern auch weit stärker auf Visionen beruhen. Sie stützt sich entscheidend auf die Marxsche Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, auf deren Weiterentwicklung und Ergänzung durch andere moderne wissenschaftliche Erkenntnisse für eine sozialistische Alternative sowie auf eine kritische Auswertung der Erfahrungen des Staatssozialismus in Europa. Die Vorstellungen dürfen nicht den Charakter eines weitgehend fertigen Modells des Sozialismus und seiner Funktionsweise annehmen. Sie müssen vielmehr stets offen für neue Erkenntnisse und Erfahrungen bleiben.

Die drei zeitlichen Varianten von Alternativen sind eng untereinander verflochten, bauen aufeinander auf und gehen auch ineinander über. Das gilt insbesondere für die Beziehungen zwischen einem Reformprojekt zur Herausbildung eines neuen Entwicklungstyps ökonomischer, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und einem Transformationsprojekt zu einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft. Beide müssen relevante Gemeinsamkeiten aufweisen, da gerade das Wesen eines Transformationsprojekts des demokratischen Sozialismus darin besteht, dass es mit Veränderungen nicht erst jenseits des Kapitalismus, sondern im Kapitalismus beginnt (vgl. Klein 2002: 66ff.).

Eine besondere Bedeutung kommt den Elementen und Aufgaben alternativer Projekte zu, die die Zusammenhänge zwischen dem sofort möglichen *Einstieg* in eine andere Entwicklung und den zukunftsorientierten, langfristigen Lösungen deutlich machen. Hierzu gehören z.B. die Einführung von Elementen einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, Schritte zur Stärkung des nicht profitorientierten Bereichs gemeinwohlorientierter Arbeit – öffentlich geförderte Beschäftigung –, Schritte zur Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen für den sozial-ökologischen Umbau, konkrete Strukturveränderungen in Richtung sozial-ökologischer Nachhal-

tigkeit – solare Energiewirtschaft, Ausbau bildungs- und wissensintensiver Bereiche sowie humanorientierter Dienstleistungen.

Mit diesen verschiedenen zeitlichen Dimensionen alternativer Politik, die sich in spezifischen Inhalten alternativer Projekte und in spezifischen Verflechtungen zwischen ihnen niederschlagen, sind mehrere Widersprüche und auch Probleme verbunden, auf die es noch keine befriedigende Antworten gibt.

Unter kurzfristigen alternativen Forderungen sollten solche verstanden werden, die grundsätzlich sofort oder im Verlauf einer Legislaturperiode erfüllt werden können. Das sind Forderungen nach Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, nach Erheben einer Tobinsteuer, nach Erhöhung der Mittel für die EU-Regionalfonds u.ä. Auf sie könnten dann weitergehende Vorstellung für ein langfristiges alternatives Reformprojekt aufbauen. Aber größtenteils kann beim Aufstellen dieser Forderungen nicht sicher vorausgesagt werden, dass sie tatsächlich kurzfristig realisiert werden. Die Wahrscheinlichkeit ist sogar größer, dass sie gegenwärtig nicht durchgesetzt werden können. Dann würden solche ihrem Typ nach kurzfristige Forderungen über einen längeren Zeitraum immer wieder erhoben werden, vielleicht in einer etwas modifizierten Art. Es gibt also keine einigermaßen begründete Zeitschiene für langfristige Reformprojekte, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass mit einem Mindestgrad an Sicherheit oder Wahrscheinlichkeit auf realisierte kurzfristige Projekte aufgebaut werden kann.

Dabei gibt es zwischen den verschiedenen Politikfeldern beträchtliche Unterschiede. Bei verschiedenen Gebieten wird der Zusammenhang zwischen aktuellen, konkreten Forderungen und Veränderungen auf der einen und grundsätzlichen, strategischen auf der anderen Seite weniger von den unterschiedlichen zeitlichen Fristen, die dafür erforderlich sind, abhängig sein, als von der Tiefe der Wandlung in den politischen Kräfteverhältnissen, die sie voraussetzen. Das trifft z.B. für ein alternatives Steuerkonzept oder für eine alternative Beschäftigungspolitik zu. Bei anderen Gebieten bestehen sehr enge Abhängigkeiten zwischen geforderten Maßnahmen und der jeweils zugrunde gelegten Zeit. Dies gilt vor allem für solche Komplexe, deren alternative Gestaltung nur im Verlaufe einer längeren Zeitspanne über eine Vielzahl von Teilschritten vorbereitet und durchgesetzt werden kann. Beispiele hierfür sind der Übergang vom ressourcenfressenden fossilen Energiesystem zu einem ressourcensparenden und auf dem Einsatz erneuerbarer Ressourcen beruhenden System der Energiesicherung oder die Überwindung von Hunger und absoluter Armut in der Welt.

Bei diesen und ähnlichen Problemen besteht eine große Unsicherheit, ob die Veränderungen noch rechtzeitig vor dem Eintreten großer irreversibler Katastrophen realisiert werden können. Die Unsicherheit ist dabei doppelter Art, einmal, ob die noch verfügbare Zeit ausreicht, und zum anderen, ob diese real verfügbare Zeit auch optimal oder mit der notwendigen Intensität genutzt wird. Die Regierungen der größten Industriestaaten und die den Kapitalinteressen untergeordneten internationalen Institutionen tragen die Hauptverantwortung dafür, dass bei der Lösung aller großen Weltprobleme – von Klimaschutz und nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen über die weltweite Bekämpfung von Armut, Hunger und gefährlichen Krankheiten bis zur Verhinderung von Kriegen – sträfliche Zeitverluste aufgetreten sind und auch weiter auftreten.

Eine andere Problematik betrifft die Frage, wie kleinere Schritte in größere Wandlungen übergehen können. Dieter Klein hebt hervor, dass die Programmatik der PDS auf einen tiefgreifenden transformatorischen Wandel der Bundesrepublik zielt. »Der demokratische Sozialismus selbst ist ein transformatorisches Projekt. So weit er davon auch entfernt ist: Er ist ein Projekt, dessen Lebenselixier und Funktion die Veränderung der Kräfteverhältnisse der Gesellschaft und das Erreichen von Mehrheiten für eine neue Politik ist – zugunsten eines ›Mehr‹: Für mehr Arbeitsplätze bis zu einer neuen Art der Vollbeschäftigung, mehr Bildung und Kultur, mehr soziale Sicherheit und mehr gesunde Umwelt für jede und jeden.« (Klein 2002: 109) Ein solches Konzept des »Mehr« könnte vielleicht unter anderen Bedingungen praktikabel werden. Es ist jedoch unter den gegenwärtig herrschenden Bedingungen des entfesselten Kapitalismus und einer neoliberalen Hegemonie wenig realistisch.

Die tatsächliche Entwicklungstendenz ist durch eine (Gegen-)Reformpolitik gekennzeichnet, die auf allen Gebieten genau das Gegenteil hervorbringt, ein »Weniger« vor allem an sozialer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und an vollwertigen, existenzsichernden Arbeitsplätzen. Der bestimmende Trend im heutigen Kapitalismus wird in einem Interview des Chefvolkswirts der Deutschen Bank, Norbert Walter, deutlich ausgesprochen: »Wenn junge Leute unser Land als den richtigen Standort ansehen sollen, dann müssen wir von der Steuer- und Abgabenlast herunter, die für den Durchschnittsverdiener weiterhin mehr als die Hälfte seines Einkommens ausmacht. Wie sollen wir bei solchen Belastungen jemanden begeistern, intensiv und lange zu arbeiten, damit wir die nächste Neuentwicklung so schnell auf den Markt bringen wie unsere Konkurrenz, wenn weniger als die Hälfte des Lohns dafür bleibt? Oder damit er 60 Stunden pro Woche arbeitet oder zwei Jahre lang auf den Jahresurlaub verzichtet, weil ein bestimmtes Produkt fertig werden muss? Zugleich müssen wir die Leistungen, die der Staat auslobt, senken. Denn wir wollen unseren Kindern und Enkeln nicht noch mehr Staatsschulden aufladen. Wer diese Leistungen für Alter, Gesundheit, Kultur und anderes haben will, muss verpflichtet werden, selbst dafür zu sorgen. ... Es geht nicht um mehr Sozialismus, sondern um ein wettbewerbsfähiges System.« (Interview mit der »Volksstimme«, Magdeburg, 11.2.05)

Für den entfesselten Kapitalismus ist typisch, dass nicht nur langfristige-strategische Reformalternativen, sondern auch konkrete, aktuelle alternative Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit sowie Forderungen zur Erhaltung des Sozialstaats zunehmend an die Grenzen des kapitalistischen Systems stoßen. Sie sind deutlicher als in den »goldenen Jahren« der Nachkriegsjahrzehnte mit der Notwendigkeit der Veränderung und schließlich Überwindung der Grundlagen dieses Systems konfrontiert.

Soweit alternative Wirtschaftspolitik in der nächsten Zeit überhaupt Chancen hat, sind Fortschritte durch kleinere Einzelschritte weniger wahrscheinlich als durch einen notwendigen grundlegenden Politikwechsel, der einschneidende Veränderungen auf den wichtigsten untereinander verflochtenen Gebieten zum Ziel hat. »Es geht um den Beginn des Kampfes für einen grundlegenden politischen Richtungswechsel.« (Brie 2005 a) Eine solcher Politikwechsel setzt voraus, dass das Scheitern neoliberaler Politik zu einer weit stärkeren Empörung der Mehrheit der Betroffenen führt und sich damit auch ein weit entschiedenerer Widerstand gegen die bisherige Politik entwickelt. Es muss wirkungsvoller als bisher gelingen, die Aktionen und andere

Aktivitäten der sozialen Gruppen und Bewegungen, die von unterschiedlichen und oft stark divergierenden Interessen geleitet werden, zu einer mächtigen gesellschaftlichen Gegenkraft zusammenzubringen.

André Brie geht bei der seiner Bewertung dieser für die Perspektive der Linken wichtigen Problematik davon aus, dass »die gesellschaftliche und politische Entwicklung eine Strategie, die sich auf Widerstand und die Verteidigung des bisherigen Sozialstaats reduziert, aussichtslos, illusionär und falsch erscheinen lässt.« Eine Reihe von Veränderungen verlangen, »die Verteidigung des Sozialstaats mit Vorstellungen seiner zukunftsorientierten und europäischen Erneuerung zu verknüpfen« (ebendort: 13). »Die in den letzten zwei Jahrzehnten durchgesetzten radikalen politischen, sozialen gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland verlangen erstens nach einer politisch wirkungsvollen linken Alternative zum Mainstream (auch nach einer starken parlamentarischen Präsenz im Bundestag); zweitens nach einer Alternative, die fähig ist (und für die meisten Menschen fähig scheint), die Verteidigung des Sozialstaats mit den wirtschaftlichen, demografischen und kulturellen Zukunftsfragen und drittens mit einer bis in die Sprache erneuerten, zeitgemäßen, ebenso entschieden wie realistischen Kapitalismuskritik zu verbinden.« (Ebendort: 14)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1. Alternative Wirtschaftspolitik im Kapitalismus – unterschiedliche Entwicklungspfade in den Metropolen
2. Alternative Wirtschaftspolitik »auf der Höhe der Zeit« – Veränderte Bedingungen und neue Herausforderungen
 - 2.1 Kapitalistische Globalisierung
 - 2.2 Europäische Integration
 - 2.3 Nachfragebedingte Stagnation
 - 2.4 Haushaltsdefizite und Druck auf die Sozialsysteme
 - 2.5 Zeitbombe Demografie?
 - 2.6 Scheitern des »Aufbau Ost«
 - 2.7 Krise des Fordismus – entfesselter Kapitalismus
 - 2.8 Resümee – Konsequenzen des Strukturwandels
3. Theoretische Grundlagen alternativer Wirtschaftspolitik
4. Felder und Schwerpunkte
5. Grundlegende Unterschiede linker alternativer und neoliberaler Wirtschaftspolitik
6. Zeithorizonte von Alternativen – Sofortprogramme, strategische Reformkonzepte, Vorstellungen für eine sozialistische Transformation
7. Global denken, regional handeln – und ebenso umgekehrt Ebenen alternativer Wirtschaftspolitik
8. Wirtschaftspolitische Alternativen für ausgewählte Komplexe
 - 8.1 Zukunft der Arbeit – Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit
 - 8.2 Soziale Sicherheit und bedarfsorientierte soziale Grundsicherung
 - 8.3 Energiewende
 - 8.4 Nachhaltige Haushaltspolitik und sozial gerechte Steuerpolitik
 - 8.5 Kurswechsel für Ostdeutschland
 - 8.6 Eine friedliebende, demokratische und zukunftsorientierte EU
 - 8.7 Demokratische Kontrolle und gesellschaftliche Regulierung von Globalisierungsprozessen

Literaturverzeichnis